

KOMMENTAR



Sabine Kösling, Vorsitzende des Vorstandes der bpa Landesgruppe Sachsen-Anhalt

Neues Ankunftsportal ist der richtige Schritt

Der Personalmangel in der Pflege steigt in immer neue Höhen und zieht auch andere Branchen in Mitleidenschaft. Angehörige von Pflegebedürftigen werden durch familiäre Pflege gebunden und verschärfen damit den Arbeitskräftemangel in anderen Branchen. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist Sachsen-Anhalt besonders stark betroffen. Und dieser Bedarf kann nicht allein durch mehr inländische Auszubildende, Umschulungen, Rückgewinnungen und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen gedeckt werden. Wir brauchen auch eine massiv verstärkte Zuwanderung in die Pflegeberufe der Langzeitpflege. Wir müssen also schnell, ausreichend, entsprechend einsetzbares und finanziertes sowie nachhaltig zur Verfügung stehendes Arbeitskräftepotenzial aus dem Ausland gewinnen. Nur so kann gewährleistet werden, dass Pflegebedürftige und ihre Familien auch in Zukunft die Versorgung finden, die sie brauchen.

Wir brauchen auch eine massiv verstärkte Zuwanderung in die Pflegeberufe der Langzeitpflege.

Vor diesem Hintergrund ist das geplante sachsen-anhaltinische Ankunftsportal als zentrale Informations- und Beratungsstruktur ein wichtiger Schritt zum richtigen Zeitpunkt, um dem akuten Pflegekräftemangel zu begegnen. Diese neue Dynamik im Land lässt auf eine Erleichterung bei der Anwerbung von Pflegekräften hoffen. Aber bis dahin ist es noch ein weiter Weg: Wesentlichen Forderungen des bpa, zum Beispiel nach einer Stärkung der Willkommenskultur, Integrationsarbeit, gesicherten Anwerbs- und Qualifizierungsstrukturen oder dem Ausbau von Vermittlungsabsprachen für Pflegefachkräfte wird aber nur zum Teil Rechnung getragen. Notwendig ist nach wie vor eine Beschleunigung der Aufenthalts- und Anerkennungsverfahren mit einer klaren Priorisierung der Berufe, in denen für die Sicherung der Daseinsvorsorge dringend Kräfte benötigt werden. Unberücksichtigt bleiben zudem wesentliche Aspekte wie die Refinanzierung der Investitionen für Anwerbung und Anerkennung sowie ein verbindlicher Einbezug in die Pflegevergütung und spezielle Fördermaßnahmen durch das Land zur finanziellen Unterstützung der entstehenden Aufwendungen für die Pflegeunternehmen.

> Siehe Beitrag „Zentrales Ankunftsportal geplant“ auf Seite 3.



Kerstin Homann, Redakteurin care konkret.
Foto: Zoomstudios/Julian Michalik

Die gute Nachricht

Zunächst klang es wie eine gute Nachricht in düsteren Zeiten: Die wirtschaftliche Lage der Pflegeheime hat sich verbessert. Doch dann das Aber: Die Aussagen des Pflegeheim Rating Reports beziehen sich auf die Jahre 2019 bis 2021. Seitdem hat sich nicht nur die Weltlage im Allgemeinen völlig verändert, auch die Stimmung und die wirtschaftliche Lage der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen sind besorgniserregend schlecht. Die Zahl der Insolvenzen steigt, der Personalmangel schränkt das Versorgungsangebot in einigen Regionen dramatisch ein. Wo bleibt der gesellschaftliche Aufschrei, wo das entschlossene Handeln der Politik? Andere Krisen sind immer größer, lauter, prominenter. Dabei geht eine gute und stabile Pflegeversorgung die Menschen unmittelbar an. Wir haben genug von halbherzigen Rezepten und Reformchen. Und wir haben auch genug gehört von Appellen, was sich ändern muss. Klingt resigniert? In der Tat. Aber es gibt auch Grund zum Optimismus, wenn man denen zuhört, die es besser machen wollen. Diejenigen zum Beispiel, die bei New Care New Leadership dabei waren. Gebt ihnen mehr Gestaltungsspielraum. Es gibt immer innovative Ideen, die jetzt umgesetzt werden wollen. Und das ist eine wirklich gute Nachricht.

> Siehe Beitrag „Wie es den Heimen geht“ auf Seite 1.

Ohne Refinanzierung keine Digitalisierung

Das Verbändebündnis „Digitalisierung in der Pflege“ fordert eine Digitalisierungspauschale pro Platz und mehr Mitgestaltung, damit die Pflege nicht abgehängt wird.

In vielen meiner Expertengespräche der vergangenen Wochen und Monate kam immer wieder zum Ausdruck, dass die Digitalisierung im Gesundheitswesen und der Pflege sowie insbesondere auch die Telematikinfrastruktur inzwischen eine Reife angenommen haben, die einen Durchbruch dieser Technologien und ihren umfassenden Einsatz in naher Zukunft erwarten lassen.

Gleichzeitig nimmt der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen und insbesondere in der Pflege immer gravierendere, bereits besorgniserregende Ausmaße an. Krankheitsquoten steigen und steigen, neue Bewohner können nicht aufgenommen werden und ambulante Pflegedienste haben Aufnahmestopps. Dadurch, und weil gleichzeitig noch beschäftigt mit der Umsetzung der gesetzlichen Änderungen der jüngeren Vergangenheit, kommt die Pflege nicht dazu, sich vom operativen Tagesgeschäft freizumachen und sich mit Zukunftsthemen zu beschäftigen. Dabei gilt gerade die Digitalisierung als Chance, Prozesse digital zu unterstützen, damit personelle Ressourcen zu schonen und die Prozesse effizienter und ggf. sogar qualitätsgesteigert zu gestalten.

Die heutige, oftmals durch Förderprogramme oder einmalige Zuschüsse finanzierte Digitalisierung in der Pflege wird meist projektbasiert nebenbei von einzelnen Mitarbeitenden vorangetrieben. Damit lassen sich Unternehmensstrukturen, Prozesse oder auch die Kommunikation nur bedingt und meistens nur wenig nachhaltig verändern. Eine gelungene Digitalisierung bedarf einer ganzheitlichen Herangehensweise, von professionellen Kräften hauptamtlich getrieben, von den Führungskräften vorgelebt, über Multiplikatoren in die Einrichtung gebracht und alle Mitarbeitenden werden

mitgenommen, weil sie einbezogen werden.

Mit dem Krankenhauszukunftsgesetz stellt der Bund 4,3 Milliarden Euro für die Digitalisierung von Krankenhäusern zur Verfügung. Diese werden von den Krankenhäusern für die Investition in moderne Krankenhausinformationssysteme, für die elektronische Planung und Dokumentation inklusive Spracherkennung, in automatisierte Entscheidungsunterstützungssysteme, in ein

Eine gelungene Digitalisierung bedarf einer ganzheitlichen Herangehensweise.

digitales Medikationsmanagement, in telemedizinische Netzwerkstrukturen, in Robotik oder störungsfreie, verfügbare und sichere IT-Systeme genutzt.

Auch in Pflegeeinrichtungen besteht der Bedarf an modernen Pflegesoftwaressystemen für eine fachlich versierte Planung, bürokratieentlastete Dokumentation und sicheres sowie die gesamte Prozesskette abbildendes Medikationsmanagement.

Auch die IT-Systeme in der Pflege müssen sicherer und verfügbarer werden, die IT-Infrastruktur muss für den ortsunabhängigen Zugang befähigt werden. Und neue Herausforderungen wie die Telepflege oder der Einsatz von assistiven Robotern und die Nutzung der Künstlichen Intelligenz werfen erste Schatten voraus.

Damit die Pflege nicht abgehängt wird, bedarf es finanzieller Mittel für Investitionen, zur Deckung der Betriebskosten (Personal und Wartung), aber auch für die Schulung der

Mitarbeitenden. Da wir insbesondere die dauerhafte Sicherstellung der Finanzierung der Digitalisierung der Pflege im Auge haben, fordern wir bewusst kein „Pflegezukunftsgesetz“, sondern eine in das Finanzierungssystem der Pflege eingebundene Digitalisierungspauschale pro Platz bzw. Tag bzw. die Möglichkeit der zweckgebundenen Umwidmung von vereinbarten Budgets oder Mitteln in die stationäre Altenhilfe.

Unsere zweite Forderung nach Entscheidungsteilnahme, Mitgestaltung und partnerschaftlicher Kooperation basiert auf unserer jahrelangen persönlichen Erfahrung im deutschen Gesundheitssystem und insbesondere mit der Telematikinfrastruktur. Die Pflege ist – auch aufgrund der gesetzlichen Vorgaben – in Deutschland dezentraler und sektorenübergreifend (Akutbereich, Langzeitbereich, Häuslichkeit) strukturiert.

Doch darf ihr dies bei der Gestaltung von Partizipationsstrukturen der Digitalisierung nicht zum Nachteil gereichen. Bei der Diskussion um Wissensmanagement und -organisation, Beratung und Handlungsempfehlungen, Kompetenzentwicklung und Qualifizierung, Vernetzung und Austausch – und dabei insbesondere in der inter- und intrasektoralen Zusammenarbeit – muss die Pflege gleichwertig den Vertretungen ärztlicher, zahnärztlicher oder pharmazeutischer Berufe angesehen werden.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen, dass die Entwicklungen auf dem Pflegearbeitsmarkt uns nicht mehr viel Zeit zum Handeln lassen, Entscheidungen sind jetzt zu treffen und sehr zügig umzusetzen.



Prof. Dietmar Wolff (Hochschule Hof) ist Mitglied des Vorstands beim FMSOZ.

Demokratiefördergesetz endlich beschließen

Diakonie und Caritas: Ehrenamt stärken und fördern

Zum Internationalen Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember hatten Diakonie und Caritas stabile Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement und eine bessere Finanzierung gefordert. Die Diakonie werbe gemeinsam mit einem zivilgesellschaftlichen Bündnis für die zügige Umsetzung des geplanten Demokratiefördergesetzes, heißt es in einer Mitteilung vom 4. Dezember. Das Demokratiefördergesetz

werde bereits seit 15 Jahren diskutiert. Die Zeit zur Umsetzung dränge, denn es sei für die langfristige Absicherung des demokratiefördernden Engagements eine entscheidende Grundlage, heißt es in einem am 4. Dezember von dem Bündnis veröffentlichten Grundsatzpapier. Das Papier des Bündnisses enthält Vorschläge zur Beteiligung und Demokratieförderung und gibt Empfehlungen zur Umsetzung.

Eine Studie der Caritas zur Frage, wie beruflich Mitarbeitende mit freiwillig Engagierten in Einrichtungen zusammenarbeiten, kam den Angaben nach zum Schluss, dass Ehrenamtler wichtige Impulsgeber und Motoren sozialer Innovationen seien. Doch weil der Wille schwinde, sich ehrenamtlich einzubringen, sei es wichtig, bestehende verbindliche Strukturen verlässlich zu stärken. (epd)